

## 238013-2024 - Wettbewerb

Deutschland – Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen – GFI3091 NEC LGS - Umweltbaubegleitung mit bodenkundl. Baubegleitung  
OJ S 79/2024 22/04/2024  
Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung  
Dienstleistungen

### 1. Beschaffer

---

#### 1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Land Baden-Württemberg, vertreten durch das Regierungspräsidium Freiburg, Landesbetrieb Gewässer, Referat 53.1, Außenstelle Donaueschingen  
E-Mail: [Abteilung5@rpf.bwl.de](mailto:Abteilung5@rpf.bwl.de)  
Rechtsform des Erwerbers: Regionale Gebietskörperschaft  
Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Umweltschutz

### 2. Verfahren

---

#### 2.1. Verfahren

Titel: GFI3091 NEC LGS - Umweltbaubegleitung mit bodenkundl. Baubegleitung  
Beschreibung: Umweltbaubegleitung mit bodenkundlicher Baubegleitung  
Kennung des Verfahrens: f90f4f49-2e10-4435-b7e1-12f6a18e2ead  
Interne Kennung: RPFB\_53.1-2\_DON-2024-0003  
Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren  
Das Verfahren wird beschleunigt: nein

##### 2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen  
Haupteinstufung (cpv): 71000000 Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen  
Zusätzliche Einstufung (cpv): 71313450 Umweltüberwachung im Bau, 71326000 Nebendienstleistungen im Bauwesen, 71521000 Baustellenüberwachung, 90712000 Umweltplanung

##### 2.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Rottweil  
Postleitzahl: 78628  
Land, Gliederung (NUTS): Rottweil (DE135)  
Land: Deutschland

##### 2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: Alle ergänzend zu dieser Auftragsbekanntmachung zur Verfügung gestellten Unterlagen und weiteren Informationen zum Vergabeverfahren sind auf der genannten Vergabepattform frei zugänglich und kostenlos abrufbar. Interessenten können sich registrieren und werden dann automatisch über Ergänzungen / Änderungen informiert. Nicht registrierte Interessenten müssen sich auf der Vergabepattform eigenständig über evtl. Änderungen und ergänzende Informationen informieren. Das über die Vergabepattform erhältliche Dokument "110 Übersicht" listet die für die Teilnahme am Vergabeverfahren

erforderlichen Dokumente auf. Der Teilnahmeantrag und alle geforderten Unterlagen sind über die Vergabeplattform elektronisch einzureichen. Der Auftraggeber wird ggf. vor einer Vergabe bzw. im Auftragsfall die Vorlage von Originalen verlangen. Alle geforderten Angaben und Unterlagen sind, soweit nicht abweichend geregelt, mit dem Teilnahmeantrag vorzulegen. Die Teilnahmeanträge werden gemäß § 55 (1) VgV erst nach Ablauf des Schlusstermins für den Eingang der Teilnahmeanträge geöffnet. Der für das Vergabeverfahren angesetzte Terminablauf ist den Angaben in der Bekanntmachung bzw. den Vergabeunterlagen (Dokument "Zeitplan") zu entnehmen. Der Auftraggeber behält sich Änderungen vor. Fragen zum Vergabeverfahren sind schriftlich über die Vergabeplattform einzureichen; Fragen werden innerhalb der festgelegten Frist in anonymisierter Form auf der Vergabeplattform beantwortet. Später eingehende Fragen können aus Gründen der Chancengleichheit nicht beantwortet werden. Die geforderten Nachweise zur fachlichen Eignung (Referenzen Bewerber) sind vom Bewerber hinsichtlich ihrer Vergleichbarkeit mit den ausgeschriebenen Leistungen zu priorisieren und in entsprechender Reihenfolge in die Bewerbung aufzunehmen. Die Angaben zu den Referenzen sind hierbei mit der für die eindeutige Bewertbarkeit notwendigen Differenzierung anzugeben. Im Auswahlverfahren werden nur die Referenzen der jeweiligen Referenzliste des Bewerbungsformulars ausgewertet. Weitere Referenzen werden nicht berücksichtigt. Die Angaben zu den Referenzen sind im Formular "Eignungskriterien Bewerber" einzutragen. Die Erfüllung der Mindeststandards und Eignungskriterien für das Auswahlverfahren sind nach eigener Einschätzung vom Bewerber als Eigenerklärung im Formular "Eignungskriterien" einzutragen und werden vom Auftraggeber mit Hilfe der eingereichten Angaben und ggf. durch ergänzend eingeholte Auskünfte überprüft und bewertet. Die Bewertung der Referenzen der Bewerber erfolgt nach den Eignungskriterien und zugehörigen Gewichtungen, die in den Vergabeunterlagen dargestellt sind (Vgl. "Formular Eignungskriterien" und "Bewertungsbogen Auswahlkriterien"). Alle Angaben der Bewerber haben in deutscher Sprache zu erfolgen. Anderen Nachweisen oder Dokumenten sind Übersetzungen durch amtlich anerkannte Übersetzer beizufügen. Ohne solche Übersetzungen können diese Unterlagen nicht berücksichtigt werden. Benannte Ansprechpartner müssen deutschsprachig sein. Die Kosten für die Bewerbung und die Teilnahme am Vergabeverfahren werden nicht erstattet (§ 77 (1) VgV).

**Rechtsgrundlage:**

Richtlinie 2014/24/EU

vgl. -

**2.1.6. Ausschlussgründe**

Der Zahlungsunfähigkeit vergleichbare Lage gemäß nationaler Rechtsvorschriften: ---

Konkurs: ---

Korruption: ---

Vergleichsverfahren: ---

Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung: ---

Vereinbarungen mit anderen Wirtschaftsteilnehmern zur Verzerrung des Wettbewerbs: ---

Verstoß gegen umweltrechtliche Verpflichtungen: ---

Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung: ---

Betrugsbekämpfung: ---

Kinderarbeit und andere Formen des Menschenhandels: ---

Zahlungsunfähigkeit: ---

Verstoß gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen: ---

Verwaltung der Vermögenswerte durch einen Insolvenzverwalter: ---

Falsche Angaben, verweigerter Informationen, die nicht in der Lage sind, die erforderlichen Unterlagen vorzulegen, und haben vertrauliche Informationen über dieses Verfahren erhalten.:

---

Interessenkonflikt aufgrund seiner Teilnahme an dem Vergabeverfahren: ---

Direkte oder indirekte Beteiligung an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens: ---

Schwere Verfehlung im Rahmen der beruflichen Tätigkeit: ---

Vorzeitige Beendigung, Schadensersatz oder andere vergleichbare Sanktionen: ---

Verstoß gegen sozialrechtliche Verpflichtungen: ---

Zahlung der Sozialversicherungsbeiträge: ---

Einstellung der gewerblichen Tätigkeit: ---

Entrichtung von Steuern: ---

Terroristische Straftaten oder Straftaten im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten: ---

Rein innerstaatliche Ausschlussgründe: §§ 123-126 Gesetz gegen

Wettbewerbsbeschränkungen (GWB)

## 5. Los

---

### 5.1. Los: LOT-0000

Titel: GFI3091 NEC LGS - Umweltbaubegleitung mit bodenkundl. Baubegleitung

Beschreibung: Der zu vergebende Leistungsumfang gliedert sich in folgende Stufen und

Teilleistungen: Stufe 1, direkter Leistungsabruf: Pos. 0.1: Einarbeitung und Vorbereitung

(Arbeits- und Zeitplan), Pos. 1a: Umweltbaubegleitung für die sofort zu begleitenden

Teilmaßnahmen, Pos. 5: Berichtswesen: Quartals- und Jahresberichte, Pos. 6: allgemeine

Organisations- und Koordinationstätigkeiten, Pos. 8a: Fahrtkosten und Fahrzeitpauschale für

die sofort zu begleitenden Teilmaßnahmen, Stufe 2, späterer Leistungsabruf/Option: Pos. 0.2:

stufenweise Fortschreibung des Arbeits- und Zeitplans, Pos. 1b: Umweltbaubegleitung für alle

weiteren Teilmaßnahmen (sukzessiver Abruf), Pos. 2: Organisation von Schutz- und

Ausgleichsmaßnahmen, Pos. 3: Monitoring/Erfolgskontrolle für verschiedene Arten, Pos. 4:

Mitwirkung beim Pflege- und Entwicklungsplan, Pos. 6: allgemeine Organisations- und

Koordinationstätigkeiten, Pos. 7: Unterstützung Öffentlichkeitsbeteiligung, Pos. 8b:

Fahrtkosten und Fahrzeitpauschale für alle weiteren Teilmaßnahmen, Pos. 9: Sonstige

Leistungen. Für den Auftrag gelten: a) Leistungsbeginn unmittelbar nach Abschluss des

Verfahrens, Vertragsbeginn vsl. 01.08.2024. b) Terminziel: Wasserbauliche Maßnahme 1:

August 2024 bis Herbst 2025 Wasserbauliche Maßnahme 2: Sommer 2025 bis Sommer 2026

Maßnahmen für Landesgartenschau: Frühjahr 2025 bis Ende 2027 c) Der Auftraggeber behält

sich ausdrücklich Änderungen an den Bauzeiten vor. Diese sind insbesondere abhängig von

den noch nicht vorliegenden Genehmigungen. Einzelheiten bzgl. der Abwicklung sind nach

Leistungsbeginn mit dem AG abzustimmen. Die optionalen Leistungen werden in Abhängigkeit

des Projektfortschrittes und der Mittelbereitstellung für die Umsetzung vom Auftraggeber

schriftlich abgerufen. Ein Rechtsanspruch auf die Beauftragung optionaler Leistungen besteht

nicht. Der Auftraggeber behält sich vor, die Beauftragung optionaler Leistungen nicht in

Anspruch zu nehmen oder auf Teilleistungen zu beschränken, wenn z. B. die

Gesamtmaßnahme nicht mehr weitergeführt wird, einzelne Teilleistungen gemäß

Projektfortschritt nicht mehr erforderlich werden, der Auftraggeber mit der Qualität der

erbrachten Leistungen nicht zufrieden ist oder keine Einigung über eventuelle zusätzlich

erforderliche Leistungen erzielt wird.

Interne Kennung: LOT-0000

#### 5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71000000 Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen  
Zusätzliche Einstufung (cpv): 71313450 Umweltüberwachung im Bau, 71326000 Nebendienstleistungen im Bauwesen, 71521000 Baustellenüberwachung, 90712000 Umweltplanung

#### **5.1.2. Erfüllungsort**

Stadt: Rottweil  
Postleitzahl: 78628  
Land, Gliederung (NUTS): Rottweil (DE135)  
Land: Deutschland

#### **5.1.3. Geschätzte Dauer**

Datum des Beginns: 01/08/2024  
Enddatum der Laufzeit: 31/12/2029

#### **5.1.6. Allgemeine Informationen**

##### **Vorbehaltene Teilnahme:**

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben: Erforderlich für den Teilnahmeantrag

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja  
Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: ja  
Zusätzliche Informationen: #Besonders geeignet für:freelance# Rottweil richtet im Jahr 2028 die Landesgartenschau (LGS) aus. Ein Schwerpunkt liegt dabei auf zahlreichen Maßnahmen am Neckar. Zudem werden im LGS-Kerngebiet Flächen um- und neugestaltet (Freiflächen, Spielplätze, Freizeitanlagen, Wege, Plätze) sowie dauerhaft Flächen für den Artenschutz gesichert. Dabei sind v.a. Baum-, Boden- und Artenschutzbelange zu berücksichtigen und zu sichern. Das Land Baden-Württemberg, vertreten durch den Landesbetrieb Gewässer, Regierungspräsidium Freiburg, (Land) ist Träger der Unterhaltungslast für den Neckar (Gewässer I. Ordnung) und hat die Aufgabe, den ökologischen Zustand gemäß EU-Wasserrahmenrichtlinie zu verbessern. Anlässlich der Planungen für die Landesgartenschau beabsichtigt das Land die Umsetzung gewässerökologischer Maßnahmen am Neckar in Rottweil.

#### **5.1.7. Strategische Auftragsvergabe**

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

#### **5.1.9. Eignungskriterien**

Kriterium:

Art: Eignung zur Berufsausübung

Beschreibung des Auswahlkriteriums: 5.1.9.1.1) Teilnahmeanträge TN-Anträge / Angebote sind mithilfe elektron. Mittel einzureichen, vgl. §§ 53 (1) und 10 VgV. Gefordert: Einreichung elektronisch in Textform über die Vergabepattform. Die Unterzeichnung von Anträgen u. Dokumenten erfolgt durch den Eintrag des vollständigen Vor- u. Zunamens des Erstellers, bei Erfordernis zusätzlich durch Ergänzung der Unternehmensbezeichnung, z.B. zur eindeutigen Zuordnung bei Bietergemeinschaften. Die Personen, die zur Unterzeichnung des Antrags u. zur Vertretung des Bewerbers im Verfahren ermächtigt sind, sind in der Eigenerklärung (EE) und durch ergänzende Informationen zur Berechtigung der Vertretung zu benennen. Hinweis: TN-Anträge sind explizit mit Anschreiben zu stellen; auf der o.g. Vergabepattform sind hierzu Vorlagen eingestellt - alternativ ist die Verwend. formloser Anschreiben möglich. 5.1.9.1.2)

Registereintrag Vorlage eines akt. Nachweises über die Eintragung in einem Berufs- od. Handelsregister (HR), zum Zeitpunkt der Teilnahme nicht älter als 1 Jahr, od. Nachweis der erlaubten Berufsausübung auf and. Weise gem. § 44 (1) VgV. Bei ausländ. Bewerbern durch eine Beschein. der zuständ. Behörde des Herkunftslandes, ggf. mit zugehöriger Übersetzung. Bei Unternehmen, die nicht zur Eintragung in ein HR o.ä. verpflichtet sind, durch Eigenerklärung. Aus dem Nachweis müssen die Rechtsform u. die Berechtigung der Person (en) für die rechtsgeschäftliche Unterzeichnung des Antrags u. der verlangten Erklärungen zweifelsfrei hervorgehen. Im Fall einer Bewerber-/Bietergemeinschaft ist für jedes Mitglied der Gemeinschaft ein sep. Nachweis vorzulegen. 5.1.9.1.3) Eigenerklärung (EE) Eine EE ist verlangt, vgl. § 48 (1) VgV. Diese dient als vorläufiger Beleg des Nicht-Vorliegens von Ausschlussgründen. Die EE ist mit dem vollständigen Vor- u. Zunamen des Erstellers zu versehen u. mit dem TN-Antrag über die Vergabepattform elektronisch einzureichen (Datei /Ausdruck im pdf-Format). Im Fall einer Biege ist die EE für jedes Mitglied einzeln vorzulegen (§ 47 (4) VgV). Ergänzend zur EE werden weitere Belege zur Eignung verlangt, die in dieser Bekanntmachung genannt sind. 5.1.9.1.4) Bewerber-/Bietergemeinschaften (Biege) Biege sind zugelassen, wenn alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften u. ein geschäftsführendes Mitglied als bevollmächtigter Vertreter bestimmt ist, auch über die Auflösung der Biege hinaus (§§ 47 (3) und 53 (9) VgV). In diesem Fall ist mit dem TN-Antrag eine entsprechende von allen Mitgliedern rechtsverbindlich unterzeichnete Erklärung in eingescannter Form einzureichen. 5.1.9.1.5) Unterauftrag (UA) Bei beabsichtigter Vergabe eines UA wird mit dem TN-Antrag eine Erklärung des Bewerbers verlangt, welche Teile u. Anteile des Auftrags das Unternehmen beabsichtigt als UA zu vergeben (§ 46 (3) Nr. 10 VgV); vom beabsichtigten UA-Nehmer ist die EE separat in elektronischer Form vorzulegen (§ 47 (2) VgV). 5.1.9.1.6) Verpflichtungserklärungen (VE) VE gem. § 47 (1) VgV der Unternehmer, an die ein UA vergeben werden soll, werden von den Bewerbern verlangt, die zur Angebotsabgabe aufgefordert werden, und sind spätestens mit dem Angebot elektronisch vorzulegen. 5.1.9.1.7) Originale Vor einer Vergabe bzw. im Auftragsfall sind die vorstehenden Nachweise u. Erklärungen auf Anforderung im Original vorzulegen. Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium:

Art: Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Beschreibung des Auswahlkriteriums: 5.1.9.2.1) Berufshaftpflichtversicherung (BHV):

Nachweis nach § 45 (4) Nr. 2 VgV zur BHV mit Mindestdeckungssummen (MDS) wie unten genannt. Ersatzweise Bescheinigung einer Versicherung, dass im Auftragsfall der Abschluss einer BHV entsprechender Deckung zugesagt ist. Der Nachweis wird von den Bewerbern verlangt, die zur Angebotsabgabe aufgefordert werden, und ist spätestens mit dem Angebot vorzulegen. Im Fall einer Biege wird für jedes Mitglied der Gemeinschaft ein separater Nachweis gefordert. Vor einer Vergabe bzw. im Auftragsfall ist der Nachweis auf Anforderung im Original vorzulegen. Geforderte MDS: Für Personenschäden: 2,0 Mio. EUR. Für sonstige Schäden: 2,0 Mio. EUR. 5.1.9.2.2) Umsatz Erklärung nach § 45 (4) Nr. 4 VgV über den Gesamtumsatz und den spezifischen Umsatz im Tätigkeitsbereich des Auftrags in den letzten drei Geschäftsjahren; wird im Formular EE als Eigenerklärung abgefragt. Im Fall einer Biege ist für jedes Mitglied der Gemeinschaft eine separate Erklärung vorzulegen. 5.1.9.2.3) Personal

/Beschäftigte Erklärung nach § 46 (3) Nr. 8 VgV, aus der die Zahl der Führungskräfte des Unternehmens und die durchschnittliche jährliche Beschäftigtenzahl in den letzten drei Jahren ersichtlich ist; wird im Formular EE als Eigenerklärung abgefragt. Im Fall einer Biege ist für jedes Mitglied der Gemeinschaft eine separate Erklärung vorzulegen.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium:

Art: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Beschreibung des Auswahlkriteriums: 5.1.9.3.1) Schlüsselpersonal Erklärung nach § 43 (1) VgV zu dem für die Erbringung der Leistung vorgesehenen Personal mit Nennung der Funktion im Projekt (Projektleiter [PL], stellvertretender Projektleiter [SPL]) und der Funktion beim Bewerber. Ergänzend werden für das verantwortliche Personal Angaben zur Berufsqualifikation verlangt; Ausbildungsnachweise sind erst mit dem Angebot verpflichtend vorzulegen. 5.1.9.3.2) Referenzen des Bewerbers Nachweis geeigneter Referenzen des Bewerbers (Unternehmen) nach § 46 (3) Nr. 1 VgV über ausgeführte Leistungen, die unter Beachtung der weiter unten aufgeführten Mindeststandards ganz oder teilweise den anstehenden Aufgaben entsprechen. Referenzen können entweder vom Bewerber selbst (bei Bewerbergemeinschaften: von mind. einem der Bewerber) oder von einem im aktuellen Verfahren benannten Nachunternehmer im Rahmen der Eignungslleihe (§ 47 VgV) erbracht werden. Zu den Referenzen werden jeweils folgende Angaben gefordert, die obligatorisch im Formular "Eignungskriterien Bewerber" anzugeben sind: Projektbezeichnung, Kosten der Maßnahme bzw. Honorar der Dienstleistung, Auftragnehmer, Auftraggeber mit Ansprechpartner u. Kontaktdaten, Ausführungsort, Objekttyp und -größe, erbrachte Leistungen bzw. Leistungsphasen und Honorarzonen (soweit zutreffend), Zeitraum der Leistungserbringung (für abgeschlossene Leistungen/Leistungsphasen). Unterschieden wird zwischen obligatorisch vorzulegenden Mindestreferenzen und weiteren, fakultativen Referenzen. Mindestreferenzen sind in besonderem Maße geeignet, das mit den anstehenden Aufgaben vergleichbare Leistungsspektrum des Bewerbers darzustellen und die Einhaltung der Mindeststandards für die Eignungskriterien nachzuweisen. Sie werden einer differenzierten Bewertung unterzogen. Hierzu können zusätzlich zu den geforderten Referenzangaben beschreibende Darstellungen auf maximal zwei DIN-A4-Seiten eingereicht werden (Gestaltung freigestellt). Weitere Referenzen dienen der Vervollständigung zum Nachweis der Bewerber-Qualifikation. . Geeignete Referenzen gemäß Formular "Auswahlkriterien": Mindestreferenz 1: Umweltbaubegleitung Gewässerökologie Mindestreferenz 2: Umweltbaubegleitung Landschaftsgestaltung Mindestreferenz 3: Bodenkundliche Baubegleitung Erd-, Wasserbau- oder Tiefbaumaßnahme Referenz 4: Umweltbaubegleitung Gewässerökologie oder Landschaftsgestaltung Anhand der im Formular genannten Auswahlkriterien werden die Bewerber ausgewählt, die in der zweiten Stufe des Verfahrens zum Angebot aufgefordert werden sollen. 5.1.9.3.3) Referenzen Schlüsselpersonal (Vorlage erst mit Angebot) Nachweise geeigneter Referenzen des Schlüsselpersonals (Projektleiter, stellvertretender Projektleiter) nach § 46 (3) Nr. 1 VgV über ausgeführte Leistungen, die ganz oder teilweise den anstehenden Aufgaben entsprechen, werden erst mit der Abgabe des Angebotes gefordert und in den Zuschlagskriterien gewertet. Diese Referenzen sind im Teilnahmewettbewerb noch NICHT einzureichen. 5.1.9.3.4) Qualitätssicherung Erklärung des Bewerbers nach § 46 (3) Nr. 3 VgV zu den Maßnahmen zur Gewährleistung der Qualität seiner Leistungen im Hinblick auf Zufriedenheit des Auftraggebers, fachliche Korrektheit, Wirtschaftlichkeit, Termintreue, Flexibilität, Datenaustausch und Dokumentation (Eigenerklärung, ggf. ergänzend Bescheinigung einer Zertifizierungsstelle).

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

**Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:**

Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

Höchstzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 4  
Das Verfahren wird in mehreren aufeinanderfolgenden Phasen durchgeführt. In jeder Phase können einige Teilnehmer ausgeschlossen werden  
Der Erwerber behält sich das Recht vor, den Auftrag aufgrund der ursprünglichen Angebote ohne weitere Verhandlungen zu vergeben

#### **5.1.10. Zuschlagskriterien**

##### **Kriterium:**

Art: Qualität

Bezeichnung: Leistung

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 70

##### **Kriterium:**

Art: Preis

Bezeichnung: Preis

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 30

#### **5.1.11. Auftragsunterlagen**

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://www.vergabe24.de/vergabeunterlagen/54321-Tender-18ef024f811-3009e20729b34a34>

#### **5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe**

##### **Bedingungen für die Einreichung:**

Elektronische Einreichung: Zulässig

Adresse für die Einreichung: <https://vergabe24.de>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 21/05/2024 23:59:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Dauer, während der das Angebot gültig bleiben muss: 3 Monate

##### **Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:**

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: vgl. Ausschreibungsunterlagen

##### **Auftragsbedingungen:**

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich

Aufträge werden elektronisch erteilt: ja

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

#### **5.1.15. Techniken**

##### **Rahmenvereinbarung:**

Keine Rahmenvereinbarung

##### **Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:**

Kein dynamisches Beschaffungssystem

Elektronische Auktion: nein

### 5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Schlichtungsstelle: Regierungspräsidium Freiburg Referat 51

Überprüfungsstelle: Vergabekammer Baden-Württemberg beim Regierungspräsidium Karlsruhe

Informationen über die Überprüfungsfristen: Auf folgende Bestimmungen des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkung (GWB) zu Anträgen für Nachprüfungsverfahren wird hingewiesen: § 160 GWB - Einleitung, Antrag. (1) Die Vergabekammer leitet ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. (2) Antragsbefugt ist jedes Unternehmen, das ein Interesse an dem öffentlichen Auftrag oder der Konzession hat und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Absatz 6 durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften geltend macht. Dabei ist darzulegen, dass dem Unternehmen durch die behauptete Verletzung der Vergabevorschriften ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen droht. (3) Der Antrag ist unzulässig, soweit... 1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt, 2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind. Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Absatz 1 Nummer 2. § 134 Absatz 1 Satz 2 bleibt unberührt.

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt: Land Baden-Württemberg, vertreten durch das Regierungspräsidium Freiburg, Landesbetrieb Gewässer, Referat 53.1, Außenstelle Donaueschingen

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt:

Vergabekammer Baden-Württemberg beim Regierungspräsidium Karlsruhe

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: Land Baden-Württemberg, vertreten durch das Regierungspräsidium Freiburg, Landesbetrieb Gewässer, Referat 53.1, Außenstelle Donaueschingen

TED eSender: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

## 8. Organisationen

---

### 8.1. ORG-7001

Offizielle Bezeichnung: Land Baden-Württemberg, vertreten durch das Regierungspräsidium Freiburg, Landesbetrieb Gewässer, Referat 53.1, Außenstelle Donaueschingen

Registrierungsnummer: 08-A6470-43

Postanschrift: Irmastraße 11

Stadt: Donaueschingen

Postleitzahl: 78166

Land, Gliederung (NUTS): Schwarzwald-Baar-Kreis (DE136)

Land: Deutschland

E-Mail: [Abteilung5@rpf.bwl.de](mailto:Abteilung5@rpf.bwl.de)

Telefon: 0771 8966-0

Internetadresse: <https://www.rp-freiburg.de>

Profil des Erwerbers: <https://rp.baden-wuerttemberg.de/rpf>

**Rollen dieser Organisation:**

Beschaffer

Federführendes Mitglied

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt

**8.1. ORG-7004**

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Baden-Württemberg beim Regierungspräsidium Karlsruhe

Registrierungsnummer: 08-A9866-40

Postanschrift: Durlacher Allee 100

Stadt: Karlsruhe

Postleitzahl: 76137

Land, Gliederung (NUTS): Karlsruhe, Stadtkreis (DE122)

Land: Deutschland

E-Mail: [vergabekammer@rpk.bwl.de](mailto:vergabekammer@rpk.bwl.de)

Telefon: +49 7219268730

**Rollen dieser Organisation:**

Überprüfungsstelle

**8.1. ORG-7005**

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Baden-Württemberg beim Regierungspräsidium Karlsruhe

Registrierungsnummer: 08-A9866-40

Postanschrift: Durlacher Allee 100

Stadt: Karlsruhe

Postleitzahl: 76137

Land, Gliederung (NUTS): Karlsruhe, Stadtkreis (DE122)

Land: Deutschland

E-Mail: [vergabekammer@rpk.bwl.de](mailto:vergabekammer@rpk.bwl.de)

Telefon: +49 7219268730

**Rollen dieser Organisation:**

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt

**8.1. ORG-7006**

Offizielle Bezeichnung: Regierungspräsidium Freiburg Referat 51

Registrierungsnummer: 08-A4519-76

Postanschrift: Bissierstraße 7

Stadt: Freiburg

Postleitzahl: 79114

Land, Gliederung (NUTS): Freiburg im Breisgau, Stadtkreis (DE131)

Land: Deutschland

E-Mail: [Abteilung5@rpf.bwl.de](mailto:Abteilung5@rpf.bwl.de)

Telefon: +49 7612080

**Rollen dieser Organisation:**

Schlichtungsstelle

**8.1. ORG-7007**

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83  
Stadt: Bonn  
Postleitzahl: 53119  
Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)  
Land: Deutschland  
E-Mail: [noreply.esender\\_hub@bescha.bund.de](mailto:noreply.esender_hub@bescha.bund.de)  
Telefon: +49228996100  
**Rollen dieser Organisation:**  
TED eSender

## Informationen zur Bekanntmachung

---

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 3ee36a4d-4c95-450c-9ed7-36ca92aac493 - 01  
Formulartyp: Wettbewerb  
Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung  
Unterart der Bekanntmachung: 16  
Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 18/04/2024 15:11:27 (UTC+02:00)  
Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit  
Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch  
Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 238013-2024  
ABl. S – Nummer der Ausgabe: 79/2024  
Datum der Veröffentlichung: 22/04/2024